

**Erstet**  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstags,  
Donnerstags und  
Sonntags.

# Amts- und Anzeigebblatt

**Abonnement**  
vierteljährlich  
1 R. 20 Pf.  
incl. Bringer-  
lohn.

für den

## Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

**Dieses Blatt**  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

**Inserate:**  
Für den Raum  
einer  
einspaltigen Zeile  
10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Zweihundzwanzigster Jahrgang.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

### Bekanntmachung.

Nach Beendigung des **Chausseeberlegungsbaues** in **Wolfsgrün** wird das Befahren der alten Chausseestrecke mit dem Bemerkten verboten, daß dieselbe durch die Eisenbahnlinie durchbrochen wird und wird der gesammte Fuhrwerksverkehr auf den neuen Chausseetract verwiesen.  
Schwarzenberg, am 15. Juni 1875.

Die **Königliche Amtshauptmannschaft.**  
Vodel.

Dr. Bp.

### Bekanntmachung.

Auf Folium 97 des Handelsregisters für die Stadt Eibenstock, den Gasbeleuchtungsactienverein zu Eibenstock betreffend, ist auf Grund mündlicher Anzeigen vom 22. Mai und 3. Juni dieses Jahres heute verlaublich worden, daß Herr Kaufmann **Carl Lipfert** in Eibenstock alleiniger Director

und Herr Advocat **Fiedler** daselbst dessen Stellvertreter, sowie daß Herr Bürgermeister Herrmann Johannes Dertel nicht mehr Mitglied des Vorstandes ist.

**Königl. Gerichtsamts Eibenstock,**  
am 10. Juni 1875.  
Landrod.

E.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Berlin. Es gilt nun als feststehend, daß der Bundesrath sich mit einer Vorlage über Erhöhung der Brausteuer, und zwar auf das Doppelte der jetzigen Sätze und Einführung einer Reichs-Börsensteuer zu beschäftigen haben wird; heute sind bereits die Ausschüsse des Bundesrathes zusammengetreten, um sich über die Ernennung von Referenten schlüssig zu machen. In Bundesrathskreisen selbst scheint man in Betreff der Börsensteuer ziemlich einhellig der Ansicht sein, daß ihre Einführung sich nach allen Richtungen hin werde rechtfertigen lassen. Weniger hoffnungsvoll scheint man die Erhöhung der Brausteuer anzusehen, doch wird im Bundesrathe auch dieser Entwurf schwerlich ernstlichen Widerspruch finden.

Fürst Bismarck ist mit Urlaub auf unbestimmte Zeit nach Barzin gegangen und nur ein Sekretär (Eulenburg) ist ihm gefolgt. Kanzler Delbrück und Finanzminister Camphausen sind mit seiner Stellvertretung beauftragt, beide dem Reichskanzler sehr ergebene Staatsmänner, die in seinem Geiste arbeiten und wirken. Für besondere Fälle hat sich Kaiser Wilhelm Bismarcks Rath auch während des Urlaubes vorbehalten, was mit anderen Worten heißt: Sobald ein wichtiges Ereigniß eintritt, endet entweder Bismarcks Urlaub oder die deutsche Politik wird von Barzin aus geleitet.

Das „Berl. Tzbl.“ erfährt, daß Fürst Bismarck vor seiner Abreise nach Barzin noch drei am hiesigen Hofe akkreditirte Botschafter empfangen und ihnen in aller Form, wenn auch vertraulich, die Versicherung erteilt habe, daß in den Kriegsgerüchten der letzten Wochen nicht der geringste sachliche Grund gelegen habe, daß all sein Streben vielmehr nach wie vor auf die Erhaltung des Friedens gerichtet bleiben werde. Es läßt sich wohl annehmen, daß diese Eröffnungen in der Absicht gemacht worden sind, um durch die Botschafter den betreffenden Kabinetten übermitteln zu werden. Wer also den Frieden noch immer nicht für hinlänglich gesichert gelten lassen wollte, könnte aus dieser Thatsache einen neuen Beleg für die Aufrechterhaltung desselben entnehmen.

Wie in der Rheinprovinz, so haben auch im Reg.-Bezirk Kassel

bereits mehrere katholische Geistliche dem Oberpräsidenten erklärt, sich den Staatsgesetzen unterwerfen zu wollen, und werden in Folge dessen die eingestellten Staatsbesoldungen weiter beziehen. Auch aus dem urkatholischen Fulda wird dem „Ff. Journ.“ gemeldet, daß der Dechant Kleespieß in Orb eine Gehorsamkeitsversicherung abgegeben hat. Seinem Beispiele sind die sämtlichen Pfarrer und Kapläne des von Baiern an Preußen s. Z. abgetretenen Rhön-Bezirks gefolgt, und schon hört man Befürchtungen, daß das gegebene böse Beispiel ansteckend wirken könne. Trotz der jesuitischen Schulung der Kleriker in den Knaben-Seminarien soll es, wie man meint, auch in der Diözese Fulda sog. „Brod-Geistliche“ genug geben, die den Brodkorb am Ende dem Unfehlbarkeits-Dogma vorziehen könnten. Weniger Neigung zur Nachgiebigkeit scheint unter den katholischen Geistlichen Kassaus vorhanden zu sein, obgleich die kleine Diözese Limburg unter dem neuesten Sperrgesetz verhältnißmäßig viel zu leiden hat. Denn sowohl der Bischof wie das gesammte Domkapitel verlieren ihr ganzes Gehalt, desgleichen viele Geistliche, die nämlich solche Pfarreien innehaben, die früher von den Klöstern pastorirt wurden. Eine ganze Reihe anderer Geistlichen verliert theilweise mehr oder minder ihre Revenüen. In Königstein haben sich ein Arzt und ein Kaufmann erboten, jedes Jahr zur Sustentation ihres gehaltlosen Seelforgers Jeder 500 Mark beizusteuern. Weit eifriger wird die Unterstützung „gesperrter“ Priester in der Rheinprovinz und Westphalen betrieben. In Köln, Minden, Paderborn, Bochum und andern Städten bestehen bereits Vereine zu diesem Zweck oder sind in der Bildung begriffen. Daß die katholische Vereinsthätigkeit, bemerkt die „W. Z.“, im Zusammenbringen großer Summen aus vielen kleinen, regelmäßigen Beiträgen sehr Bedeutendes zu leisten vermag, ist ja zur Genüge bekannt, und so werden gewiß auch die Paulus-, Petrus-, Liborius- und sonstigen Vereine zu dem eben erwähnten Zweck ohne Frage recht anständige Resultate zu erzielen wissen und renitenzlustigen Geistlichen damit ein fernere sorgenfreie irdische Existenz ermöglichen.

#### Spanien.

Ueber das für die Madrider Regierung drohende Wachsthum einer revolutionären kantonalen Bewegung schreibt der spanische Correspondent des „Berl. Tzbl.“ aus San Sebastian unterm 10. d. Folgendes: Während das unglückliche Spanien noch schwer unter dem